

PREKÄRE HUMANITÄT

Im Auftrag des Direktoriums
der Salzburger Hochschulwochen
als Jahrbuch herausgegeben
von Gregor Maria Hoff

Tyrolia-Verlag · Innsbruck-Wien

Der vorliegende Band
enthält die Vorlesungen und den Festvortrag
der Salzburger Hochschulwochen,
die in der Zeit vom 27. Juli bis zum 2. August 2015
an der Universität Salzburg abgehalten wurden.

BE
2016
6306

u

Mitglied der Verlagsgruppe „engagement“

2016
© Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck
Umschlaggestaltung: graficdesign pürstinger, Salzburg
Druck und Bindung: Alcione, Lavis (I)
ISBN: 978-3-7022-3502-4
E-Mail: buchverlag@tyrolia.at
www.tyrolia-verlag.at

Universitäts-
Bibliothek
Freiburg i. Br.

Inhalt

Vorwort
7

Volker Gerhardt
Die Menschheit in der Person eines jeden Menschen.
Vorüberlegungen zu einer Theorie der Humanität
9

Hans-Joachim Höhn
Was sollen wir tun? – Was dürfen wir hoffen?
Humanität und Transzendenz
45

Jürgen Renn und Bernd Scherer
Wissenschaft als Menschheitsgedächtnis und Handlungspotential
77

Christina Berndt
Resilienz – das Geheimnis der psychischen Widerstandskraft
99

Andreas Nehring
Der Kampf um Menschenwürde
107

Jörn Leonhard
Kriege für die Menschheit?
Über prekäre Humanität in Zeiten der Gewalt zwischen
der Französischen Revolution und der Epoche der Weltkriege
131

Christian Kern
Preisträger des Publikumspreises
Verschämtes Scheitern. Theologie an Grenzen des Menschlichen
161

Christoph Marksches
Laudatio für Angelika Neuwirth zur
Verleihung des Theologischen Preises
179

Angelika Neuwirth
Dankrede nach Verleihung des Theologischen Preises
195

Heinrich Detering
Thomas Manns prekärer Humanismus
213

Gregor Maria Hoff
Prekäre Humanität.
Rede zum Abschluss der Salzburger Hochschulwoche
233

Übersicht über die Lehrveranstaltungen
236

Die Autoren des Bandes
239

Christoph Markschies
Laudatio für Angelika Neuwirth zur
Verleihung des Theologischen Preises
179

Angelika Neuwirth
Dankrede nach Verleihung des Theologischen Preises
195

Heinrich Detering
Thomas Manns prekärer Humanismus
213

Gregor Maria Hoff
Prekäre Humanität.
Rede zum Abschluss der Salzburger Hochschulwoche
233

Übersicht über die Lehrveranstaltungen
236

Die Autoren des Bandes
239

Jörn Leonhard

Kriege für die Menschheit?

Über prekäre Humanität in Zeiten der Gewalt
zwischen der Französischen Revolution und
der Epoche der Weltkriege

1. Einleitung: Krieg und Humanität? Ein historischer Aufriss

Henri Barbusse war der Autor des wohl schonungslosesten Romans, „Le Feu“, der 1916 vor dem Hintergrund der grauenhaften Materialschlachten an der Westfront entstand. Am Ende dieses Weltkriegs aber gab der Autor dieses literarischen Dokuments der Desillusionierung einer ganz anderen Hoffnung Ausdruck. Er schrieb: „Menschheit statt Nation. 1789 riefen die Revolutionäre: ‚Alle Franzosen sind gleich.‘ Wir sagen: ‚Alle Menschen!‘ Die Gleichheit erfordert gemeinsame Regeln für alle Menschen der Erde.“¹

Diese Hoffnung, dass ein Krieg mit all seinen entsetzlichen Opfern nicht umsonst gewesen sei, hat im Prinzip seinen normativen Anspruch bis heute nicht verloren. Aber gerade die Desillusionierung dieser globalen Hoffnungen wurde eine Grunderfahrung des 20. Jahrhunderts, und sie reicht bis in die Gegenwart. Wer verstehen will, was aus historischer Sicht den prekären Charakter der Humanität ausmacht, der muss sich der eigenartigen Verbindung von Gewalt und Humanität annehmen, der muss verstehen, warum Menschen im Namen der Humanität, in der Berufung auf Menschenrechte und jedenfalls übergeordneter Werte, immer wieder Kriege begründeten – in der Hoffnung, nur durch Kriege seien diese Ziele zu erreichen. Zur Geschichte der Neuzeit gehört der Mechanismus aus Kriegen im Namen der Menschheit und entspre-

1 Henri Barbusse, *Der Schimmer im Abgrund*. Ein Manifest an alle Denkenden, dt. Ausgabe von Iwan Goll, Basel o.J., S. 60.

chenden hohen Erwartungen und der anschließenden Desillusionierung genau jener Erwartungen. Wer den zynischen Generalverdacht gegenüber neuzeitlicher Politik verstehen will, dass Sagbares und Machbares stets auseinanderfalle, dass Politik also das in sie gesetzte Vertrauen verrate, der muss sich auf eine historische Suche begeben.

Woher stammte die argumentative Verbindung von Krieg und Humanität? Wie entwickelte sie sich historisch zwischen 1789 und 1918? Und wie kann uns diese Perspektive helfen, um die Gegenwart besser zu verstehen? Die folgenden Überlegungen greifen aus dem breiten Panorama an möglichen Beispielen drei besondere historische Momente heraus, um den Zusammenhang näher zu untersuchen: 1792, 1809 und 1917, also die Phase der Französischen Revolution und der von ihr ausgehenden Kriege, der darauf folgende antinapoleonische Kampf im Spannungsfeld von Befreiungskrieg und Freiheitskrieg, sowie der Moment des Ersten Weltkriegs, in dem sich in besonderer Weise die globale Revolution von Erwartungen verdichtete. In allen diesen historischen Momenten spielte die Berufung auf Humanität, auf menschheitlich gedachte Werte, eine entscheidende Rolle für die Begründung von Gewalt und die Rechtfertigung von Krieg.

2. Dynastie und Gleichgewicht, Nation und Menschheit: Krieg begründen in der neuzeitlichen Geschichte

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs erhielt die Kriegsdeutung eine ganz neue qualitative und quantitative Dimension, welche die überkommenen Interpretationen des 19. Jahrhunderts in Frage stellte. Der deutsche Soziologe Max Weber gab diesem Erfahrungsumbruch pointierten Ausdruck, indem er die kollektive Disposition im Angesicht des Krieges ganz bewusst in die Nähe religiöser Gemeinschaftsbildungen rückte. Der Krieg als „die realisierte Gewaltandrohung“ schaffe zumal in modernen politischen Gemeinschaften „ein Pathos und ein Gemeinschaftsgefühl und löst dabei eine Hingabe und bedingungslose Opfergemeinschaft der Kämpfenden ... als Massenerscheinung aus, welcher die Religionen im allgemeinen nur in Heroengemeinschaften der Brüderlichkeitsethik ähnliches zur

Seite zu stellen haben.“ Hinzu trete die „Empfindung eines Sinnes und einer Weihe des Todes“, die so nur im Krieg möglich sei. Von dem „unvermeidlichen Sterben“ unterscheide sich der „Tod im Felde dadurch, daß hier, und in dieser Massenhaftigkeit nur hier, der Einzelne zu wissen glauben kann, daß er ‚für‘ etwas stirbt“.²

Millionenfaches Töten und millionenfaches Opfer im Namen ideologischer Deutungsmuster wie vor allem der Nation: Diese traumatische Grunderfahrung des kurzen 20. Jahrhunderts von 1914 bis 1989 wirft die Frage nach Ursprung und Wandel der aus dem Zusammenhang von Krieg, Nation und Menschheit erwachsenen Legitimationsvorstellungen auf. Der moderne Nationsbegriff war auch eine Kriegsgeburt, und die gegenseitige Durchdringung von Nation, Gewaltbereitschaft und Religion wurde zu einem der wichtigsten Kennzeichen in diesem Prozess. Am Zusammenhang zwischen Krieg, Staatsentwicklung, Nations- und Nationalstaatsbildung und damit an der engen Wechselbeziehung zwischen dem Verständnis von Politik und Krieg ist nicht zu zweifeln: Wie der moderne Nationsbegriff war auch der moderne Politikbegriff eine Kriegsgeburt. So wenig die Geschichte von Politik- und Nationsdeutungen in einer Geschichte von Kriegserfahrungen aufgeht, so wenig kann ihre Entwicklung von der Sphäre des Krieges getrennt werden.³

So wie der Krieg den Prozess der frühneuzeitlichen Staatsbildung maßgeblich bestimmte, so war er zumal für die modernen Nationsbildungsprozesse und die Etablierung neuer Nationalstaaten bestimmend. Er war nicht der einzige Kausalfaktor in diesem Prozess, aber einer der wichtigsten. In den zeitgenössischen Sinn- und Erziehungslehren des Krieges, den Debatten um Krieg und Frieden bündelten sich Vorstellungen von Staat, Gesellschaft und Gemeinschaftsbildung, die auf den Krieg als Erfahrungsraum verwiesen. Der krisenhafte Wandel im Übergang von der ständisch-korporativen Lebenswelt zur bürgerlichen Gesellschaft, vom Stände- zum Anstalts-, Leistungs- und Nationalstaat mit der ihn legitimierenden

2 Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. 1, Tübingen 1972, S. 548.

3 Vgl. Jörn Leonhard, *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750–1914*, München 2008.

Formel der Nation als übergeordnete Sinnstiftungsinstanz war ohne das im Krieg sichtbare und erfahrbare Kriterium politischer Effizienz nicht denkbar. Kriegsfähigkeit war ein Maßstab für die Fähigkeit des politischen Überlebens staatlicher Akteure, sie vermittelte Legitimation. Was die Kriege seit dem Ende des 18. Jahrhunderts aber von früheren Kriegen unterschied, war der gezielte Rekurs auf das neue ideologische Legitimationsreservoir der souveränen Nation. Sie verdrängte durch den Anspruch als Subjekt politischer Teilhabe an der Politik den Untertanenverband als Objekt fürstlicher Herrschaft.

Damit verband sich eine emanzipatorisch-partizipatorische Dimension des Krieges, und sie wies universalistische, menschheitlich gedachte Bedeutungselemente auf: Indem die Massenkriegführung immer umfassender auf alle Teilgruppen der Gesellschaft zurückgriff, indem die Gesellschaft als Nation in Waffen unentbehrlich für die Kriegführung wurde, erfuhr der Krieg eine tendenzielle Demokratisierung. Diese Entwicklung dynamisierte die nationale Legitimation staatlichen Handelns, die Mobilisierung aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte sowie der kulturellen Wertressourcen, sie provozierte aber auch neuartige Ansprüche auf gleichberechtigte Anerkennung und politisch-soziale Teilhabe an der Nation. Das komplexe Verhältnis von Krieg und Nation entfaltete sich mithin in der Tektonik staatlicher Bedürfnisse und partizipatorischer Ansprüche. Das bezog sich nicht allein auf Möglichkeiten der diskursiven Öffentlichkeit, sondern auf der Basis konstitutioneller Institutionen auch auf eine indirekte Mitwirkung an Fragen, die den traditionellen Geheimbereich fürstlicher Politik – die Entscheidung über Krieg und Frieden – betrafen.

Die Tragweite dieser Veränderungen lässt sich nur abschätzen, wenn man die lange Dauer, die aus historischer Sicht lange Dauer des Verhältnisses zwischen Politik und Öffentlichkeit seit dem 16. Jahrhundert in den Blick nimmt. Dieser Prozess hatte seine Ursachen in den politischen und gesellschaftlichen Bürgerkriegen, den bürgerkriegsähnlichen Religionskriegen in der Folge der Reformation und in der damit verbundenen ideologischen Aufladung von Kriegsgründen, die auf eine emotionale Identifizierung von Kombattanten mit der als „gerecht“, „wahr“ oder „moralisch besser erachteten Sache zielte und eine Steigerung der kriegerischen Macht-

mittel rechtfertigte. Der Fürstenstaat des 17. und 18. Jahrhunderts und sein Anspruch auf ein politisches Arkanum waren nicht zuletzt eine Reaktion auf diese Krisenerfahrungen.

Auf dieser Erfahrung des Bürgerkrieges mit der Entfesselung und Mobilisierung bisher unbekannter Gewalt gründete das neuzeitliche Kriegs- und Völkerrecht, das seit den großen europäischen Friedensschlüssen von Münster, Osnabrück und Utrecht zwischen 1648 und 1713 den Bürgerkrieg in den Ordnungsrahmen eines eingehegten Staatenkrieges zu überführen suchte, indem es den Krieg entideologisierte und durch die Formel des „*iustus hostis*“ das Bild des Feindes entkriminalisierte. Verschiedene Elemente kennzeichneten dieses Verständnis von Politik, von denen hier nur die wichtigsten skizziert werden sollen: die Überwindung des Bürgerkrieges im Kriegs- und Völkerrecht als europäischer Ordnungsrahmen des „*ius publicum Europaeum*“, die Neukonzeption einer im Fürsten aufgehobenen staatlichen Souveränität durch eine konsequente Trennung zwischen innerer und äußerer Politik, das Verbot der Intervention in die inneren Angelegenheiten eines Staates, sowie schließlich die Etablierung eines Machtgleichgewichts der europäischen Staaten. Der Bereich außenpolitischer Entscheidung wurde zur fürstlichen „*domaine réservé*“, dem die zeitgenössischen Schlüsselbegriffe „*équilibre*“ und „*réputation*“ korrespondierten.⁴

Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts kam es im Kontext der aufgeklärten Despotismuskritik vor allem in Frankreich zu einer langfristig folgensweren Revitalisierung des Bürgerkriegsparadigmas, nun aber mit einer dezidiert auf die ganze Menschheit bezogenen Stoßrichtung. Damit wurde zunächst auf der Ebene des Diskurses das fürstliche Monopol politischer Entscheidung über Krieg und Frieden in Frage gestellt und eine Verbindung zwischen aufgeklärter Öffentlichkeit und außenpolitischen Entscheidungen hergestellt. Der französische Philosoph Abbé Mably sah den Grund für die Eroberungskriege des 18. Jahrhunderts im Despotismus der Regierungen und der geheimen Sphäre der Kabinette. Einen revolutionären

4 Carl Schmitt, *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*, Köln 1950, S. 23 und 112ff.; vgl. zu Schmitts Kriegsdeutung auch Ders., *Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff* (1938), Berlin 1988.

Bürgerkrieg aller Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker begriff er als Wohltat, als „bien“, und legitimierte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die „Nation militaire“.⁵ Mit der Französischen Revolution gelangten solche Überlegungen auf eine völlig neue Wirkungsebene, indem der neue Revolutionsbegriff zunächst das Deutungsmuster des internationalisierbaren Bürgerkrieges aufnahm. Im Fortgang der Revolution trat dann aber das Muster des zwischenstaatlichen Nationalkrieges immer mehr hervor und überlagerte die Vorstellung eines revolutionären und internationalen Bürgerkrieges der Unterdrückten gegen die Unterdrücker. Damit stand der Nationalkrieg argumentativ zwischen dem tradierten Staatenkrieg der vorrevolutionären Ordnung Alteuropas und dem universalen Bürgerkrieg. Vor allem bezeichnete diese zeitgenössische Chiffre einen tendenziellen Anspruch auf Teilhabe der Nation an den politischen Entscheidungen.

Eine andere Ambivalenz trat hinzu: Einerseits wurden die Nationalkriege des langen 19. Jahrhunderts noch vielfach nach den Regeln des klassischen Staatenkrieges geführt. Andererseits entsprach sein Charakter, die identitätsstiftende Selbstbindung jedes Einzelnen an die als legitim erachtete Sache, eindeutig dem Bedeutungsspektrum des frühneuzeitlichen Bürgerkrieges. Dieses neuartige Wechselverhältnis zwischen der Kriegsrechtfertigung im Namen der Nation und den politischen Partizipationsansprüchen ließ sich in den Revolutionskriegen nach 1792 konkret erfahren. Das Prinzip des gewaltsamen Konfliktaustrags nicht mehr allein im Namen einer Dynastie oder eines mit dieser verbundenen abstrakten Staatsinteresses, sondern als ein Gegenstand, der die Überzeugungen und die Identifikation jedes Einzelnen unmittelbar berührte, bedingte einen neuen Leitbegriff, der diese Integration zu leisten imstande war. Der Nationalkrieg stand also in bedeutungshafter Nähe zum Bürgerkrieg, unterschied sich aber doch charakteristisch von ihm. Über die erheblichen Konsequenzen eines nicht mehr in der externen Sphäre, sondern im gesellschaftlichen Innern eines Staates entstandenen Krieges machte sich Christian Garve 1800 keine Illusionen mehr. Dabei antizipierte er auch bereits die mögliche Ra-

dikalisation kriegereischer Gewalt. Garve verwies ausdrücklich auf das Paradigma des Bürgerkrieges, in dem die „Leidenschaften“, also die affekthafte Identifizierung mit einem als legitim erachteten Prinzip, wurzelten. Die Rechtfertigung der Gewalt in diesem Sinne ließ eine Dynamik entstehen, die sich nicht mehr mit den staatlichen Mitteln des 18. Jahrhunderts kontrollieren ließ: „Da, nach aller Erfahrung, die bürgerlichen Kriege grausamer als die Nationalkriege geführt werden, so sind auch die Leidenschaften, die in dem Laufe der Revolutionen bloß im Gefolge des Parteienkampfes entstehen, von einer so wütenden Art, daß sie alles Gute ... zerstören können.“ Sei erst „einmal Krieg im Innern des Staates entsprungen“, so könne man „Ausgang und Folgen“ nicht mehr berechnen.⁶

3. 1792: Der Krieg der Revolution im Namen von Menschen- und Bürgerrechten und die Universalisierung des Bürgerkrieges

Die von Frankreich ausgehende Revolution bedeutete eine entscheidende Wasserscheide in der Rechtfertigung von Kriegen im Namen der ganzen Menschheit. Wie in einem Brennglas fassten die Debatten um die zukünftige französische Verfassung 1790/91 die Umbrüche zusammen.⁷ Hinter der Entscheidung über Krieg und Frieden stand die Frage nach dem Charakter zukünftiger Kriege, denn erst die Durchsetzung des monarchischen Herrschaftsanspruches hatte die mittelalterlichen Privatkriege und die frühneuzeitlichen Bürgerkriege überwunden. So wie der Fürst die Souveränität des Staates nach innen und außen verkörpert hatte, war der Krieg zum äußeren Konflikt zwischen Staaten, Monarchen und Dynastien geworden. Dieses Paradigma stand nach dem Umbruch von 1789 nun zur Disposition; erodiert war es bereits früher. Argumentativer Ausgangspunkt war das verbreitete Bekenntnis zur Friedensgesinnung

6 Christian Garve, Über die Grenzen des bürgerlichen Gehorsams, in Beziehung auf den Aufsatz von Kant über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis (1800), in: Dieter Henrich (Hg.), Kant – Gentz – Rehberg. Über Theorie und Praxis, Frankfurt/M. 1967, S. 151.

7 Vgl. Leonhard, Bellizismus und Nation, Kap. III.1.b).

5 Gabriel Bonnot, Abbé de Mably, Des droits et des devoirs du citoyen, Kell 1789, S. 93f.

des revolutionären Frankreich im Gegensatz zur monarchischen Kriegsdiskposition und den Staatenkriegen absolutistischer Regime, die als prinzipiell aggressiv wahrgenommen wurden.

Einerseits betonte man, das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden stehe dem König zu, weil nur so eine adäquate Reaktion auf einen Angriff von außen gewährleistet sei und eine Rücksichtnahme auf die Wünsche der Nation die notwendige Einheitlichkeit staatlicher Handlungen beeinträchtige. Nur der Monarch als Zentrum der Herrschaftsausübung könne die Sicherheit des Staates garantieren. Hinzukam die Angst vor einer aufgrund politischer Fraktionierungen und Intrigen unberechenbar gewordenen Nationalversammlung, der man eine so weitreichende Entscheidung nicht zukommen lassen wollte. Andererseits wandten sich nicht wenige Mitglieder der Versammlung entschieden gegen die „tyrannie ministérielle“, welche die zahlreichen Kriege der Vergangenheit zu verantworten habe, und antizipierten in der friedlichen Solidarität aller Völker im Zeichen der Menschen- und Bürgerrechte enthusiastisch die Überwindung der monarchischen Kriegsdiskposition.⁸ Schließlich ließen sich auch Argumente anführen, die aus einer Neuinterpretation des Naturrechts abgeleitet wurden: Der Offensivkrieg sei überhaupt kein Recht, das man delegieren könne, sondern Folge eines Machtmissbrauchs, während ein Verteidigungskrieg gegen die Unterdrückung ein Naturrecht der freien Nationen darstelle, das sie nicht an einen Monarchen delegieren könne. Der Krieg wurde so zum Ergebnis eines in der Nation begründeten voluntaristischen Prinzips, während dem König nur noch die Umsetzung dieses nationalen Kriegswillens zukam: „La Nation veut, le Roi exécute. Si la Nation veut et exécute, il y a anarchie. Si le Roi veut et exécute, il y a despotisme“.⁹

8 Baillio [i.e. Montalbanois, volontaire de la Garde Nationale de Paris]: Les Mangeurs de Peuples au diable! Motion faite aux citoyens du Palais Royal, le 22 mai à neuf heures et demie du soir, dans les tentes du café de Foi. Au sujet du Décret de l'Assemblée Nationale, qui porte que le Droit de décider de la paix ou de la guerre appartient à la Nation, Paris 1790, S. 2.

9 [Augustin-Félix-Élisabeth Barrin La Galissonnière] Opinion de M. le Comte de la Galissonnière, Député de l'Anjou à l'Assemblée nationale, prononcée, le 20 mai 1790 à l'ouverture de la séance, sur la questi-

Das am 22. Mai 1790 von der Nationalversammlung verabschiedete Dekret formulierte gemäß der Souveränität der Nation den Primat der Legislative, band aber den Monarchen mit ein und entsprach damit dem Kompromisscharakter der konstitutionellen Monarchie: „Le droit de la paix et de la guerre appartient à la nation. La guerre ne pourra être décidée que par un décret de l'assemblée nationale, qui sera rendu sur la proposition formelle et nécessaire du roi, et qui sera sanctionné par lui“. Das Ergebnis bedeutete verfassungsrechtlich den ersten Schritt im Übergang vom überkommenen Monarchen- und Staatenkrieg als einem agonalen Rechtskonflikt zur „guerre nationale“, die für neuartige ideologische Motive und Ziele offen war. Ganz in der Tradition der aufgeklärten Kritik an den Kriegen absolutistischer Despoten verzichtete die „nation française“ im Text der Verfassung ausdrücklich darauf, „entreprendre aucune guerre dans la vue de faire des conquêtes“, Truppen würden niemals „contre la liberté d'aucun peuple“ eingesetzt.¹⁰

Dies band die Kriegführung an moralische Kriterien, die das europäische Völkerrecht in seiner seit den frühneuzeitlichen Bürgerkriegen entwickelten Formalisierung des „ius ad bellum“ so nicht gekannt hatte. Obwohl die Verfassung von 1791 nur Frankreich selbst betraf, formulierte sie auch einen Wendepunkt in europäischer Perspektive, denn mit dem Scheitern der konstitutionellen Monarchie, der Radikalisierung der Revolution und dem Ausbruch des Krieges sollte dieser Anspruch weit über Frankreich hinaus getragen werden. Das machte die Jahre 1791/92 zu einer Schlüsselphase der europäischen Umbruchgeschichte seit 1789. Hier traf er auf die naturrechtliche Begründung des Krieges als Verteidigung gegen äußere Angriffe mit dem Ziel der Wiederherstellung eines europäischen Mächtegleichgewichts. So berief sich der Herzog von

on: Si la Nation doit déléguer au Roi, ou au Corps législatif, l'exercice du droit de la guerre et de la paix, ainsi que celui de faire les traités d'alliance et de commerce, Paris 1790, S. 25f.

10 Constitution Française, 3. September 1791, zitiert nach: Günther Franz (Hg.), Staatsverfassungen. Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung, 2. Aufl. 1964, S. 366.

Braunschweig bei seiner Forderung nach Unterwerfung der Franzosen auf die Grundsätze des „Natur- und Völkerrechts“. Der König von Preußen rechtfertigte seine Kriegserklärung durch Hinweis auf die Abwehr der aus einem „funeste esprit d’insubordination“ hervorgehenden Risiken für Frankreich und das gesamte „équilibre de l’Europe“.¹¹ Die Ideologisierung des Krieges im Namen der revolutionären Nation traf 1790/91, also noch vor Ausbruch der Revolutionskriege, auf die überkommene Tradition des europäischen Völkerrechts.

Die in Frankreich wahrgenommene äußere und innere Bedrohung der Revolutionserrungen schuf seit Sommer 1791 einen Kontext, in dem sich soziale Spannungen und politische Konflikte zunächst ableiten und kanalisieren ließen, indem man propagandistisch die innerlich geeinte Nation im Kampf gegen den äußeren Feind thematisierte. In dieser Interpretation verwandelte sich der Konflikt vom Staatenkrieg in der Tradition des Ancien régime zum revolutionären Bürgerkrieg, der potentiell die ganze Menschheit umfassen konnte. In der Wendung gegen die äußeren Feinde wurden zugleich innere Spannungen internationalisiert und die Trennung zwischen äußerer und innerer Politik aufgehoben. Diese ideologische Rechtfertigung offenbarte zugleich das Potential möglicher Eroberungen im Namen der revolutionären Mission. Solche Argumente waren kein Ergebnis des Krieges, sondern entwickelten sich bereits vor dem Frühjahr 1792. Blickten gemäßigte Konstitutionelle im Sommer 1791 noch auf den König als Garanten von Frieden und Stabilität in Europa, vertrat die Zeitschrift „Révolutions de Paris“ bereits die Idee einer universellen Republik aller freien Völker und wurde so zum Sprachrohr der expansiven Revolution. Dem Despotismus der Fürsten hielt man die Solidarität aller unterdrückten Völker entgegen, der sich die französische Nation verpflichtet fühle. Frankreich wurde zu einem über sich selbst hinausweisenden Modell der revolutionären Befreiung europäischer Völker: „les rois

11 Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog von Braunschweig, Manifest an die Bewohner Frankreichs vom 25. Juli 1792, zitiert nach: Claus Träger (Hg.), Mainz zwischen Rot und Schwarz, Berlin 1963, S. 95, sowie *Exposé succinct des raisons qui ont déterminé Sa Majesté le Roi de Prusse à prendre les armes contre la France*, 26. Juni 1792, in: Johann August Reuss, *Teutsche Staatscanceley*, Bd. 36, Berlin 1793, S. 237f.

ont toujours été d’accord pour despotiser les peuples; les peuples sont maintenant d’accord pour dé-trôner les rois“.¹²

Als Reaktion auf die Verhaftung des französischen Königs nach seiner gescheiterten Flucht regte Friedrich Wilhelm II. von Preußen im August 1791 ein gemeinsames Vorgehen mit Österreich an. Die Erklärung von Pillnitz betonte das gemeinsame Interesse aller europäischen Monarchen an einer vollständigen Wiederherstellung der monarchischen Regierung in Frankreich, auch wenn dies den Einsatz militärischer Gewalt notwendig mache. Die Regierungen konnten zu diesem Zeitpunkt und auch ein Jahr später im Manifest des Herzogs von Braunschweig kaum die Tragweite der Ereignisse in Frankreich abschätzen. Die Wahrnehmung der Erklärung von Pillnitz, von dem emigrierten Bruder Ludwigs XVI., dem Grafen von Artois, als Ultimatum aus-gelegt, wirkte in Frankreich wie ein Katalysator für die politische Radikalisierung, und sie verzahnte im Appell an die Gewalt gegen alle Revolutionsfeinde die Ebenen von Innen- und Außenpolitik. Ab Oktober 1791 begannen die Vertreter der Gironde mit ihrer gezielten Propaganda für einen Krieg.

In seiner Rede vom 16. Dezember 1791 führte Jacques Pierre Brissot aus, ein Volk, das nach zehn Jahrhunderten der Sklaverei die Freiheit errungen habe, müsse Krieg führen, um die Freiheit auf eine feste Basis zu stellen. Während Maximilien de Robespierre sich gegen die Idee einer Ausbreitung der Revolution wandte, weil niemand Sendboten der Freiheit in Waffen liebe, rechtfertigte Brissot den Krieg ausdrücklich als Möglichkeit, um die Revolution durch ihre Expansion unumkehrbar zu machen.¹³ Hinzu traten die sozialrevolutionäre Bestimmung der *liberté* und ihre konsequente Universalisierung im religiösen Tonfall einer Erlösungserwartung. Die Erinnerung der Deutschen an die Zerstörungen der Pfalz unter Ludwig XIV. würde wettgemacht durch die Erfahrung eines Volkes,

12 *Révolutions de Paris*, Bd. 8, Nr. 93, 14. bis 21. Mai 1791, S. 269ff., sowie Alphonse Aulard, *Histoire politique de la révolution française. Origine et développement de la démocratie et de la république (1789–1804)*, 2. Aufl. Paris 1903, S. 111f.

13 *Société des amis de la Constitution, séance aux Jacobins à Paris. Discours de M. Robespierre prononcé à la Société le 18 décembre, sur le parti que l’Assemblée nationale doit prendre relativement à la proposition de guerre annoncée par le pouvoir exécutif [Paris 1791]*.

das für seine eigene und die Freiheit anderer Völker kämpfe: „C'est alors que les Allemands verront la différence d'un peuple qui se bat pour la liberté, à une armée qui soutient les fantaisies de quelques brigands couronnés ... Le moment est venu pour une autre croisade et elle a un objet bien plus noble, bien plus saint. C'est une croisade de liberté universelle“.¹⁴

So spiegelte sich in den Debatten zwischen 1790 und Frühjahr 1792 ein entscheidender Deutungsumbruch: Der Krieg übernahm als ideologisch legitimierte Gewaltanwendung im Namen der freiheitlichen Nation den Erfahrungsgehalt des Bürgerkrieges. Als moralischer Kampf gegen das Ancien régime wurde er dabei auf ganz Europa erweitert; von hier aus forderte man die universelle Solidarität aller Unterdrückten und versicherte sie zugleich der Hilfe durch die französische Nation. Das pazifistische Bewusstsein der Aufklärer schlug in den Bellizismus der Revolutionäre um.

Der neue Anspruch auf Bestimmung der äußeren Politik durch die in der Konstituante repräsentierten Nation zeigte sich ganz konkret in einem programmatischen Nationskonzept: Als mit der Abschaffung der Feudalrelikte und mit den neuen Kirchengesetzen Rechte deutscher Reichsfürsten und Bischöfe im deutsch-französischen Grenzgebiet des Elsass berührt wurden und Kaiser und Reichstag daraufhin Protest einlegten, verwies die Konstituante darauf, dass die territorialen Enklaven nicht deshalb zu Frankreich gehörten, weil sie annektiert worden seien, sondern aufgrund der freiwilligen Entscheidung der Elsässer, zur französischen Nation zu gehören.¹⁵ Bereits vor dem Krieg wurde hier in Ansätzen ein voluntaristisches Nationskonzept formuliert, welches das überkommene Völkerrecht des 18. Jahrhunderts in Frage stellte, indem es auf der Basis nationaler Selbstbestimmung argumentierte. Der Unterschied zwischen dieser Position und den monarchischen Entscheidungen war ideologischer Natur, und aus ihm ergab sich die besondere Schärfe der Auseinandersetzung seit dem Frühjahr 1792. Der Kontrast wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass

zur gleichen Zeit die europäischen Mächte Preußen, Österreich und Russland mit der endgültigen Aufteilung Polens jene fürstliche Machtpolitik territorialer Arrondierung fortsetzten, die auf die Kategorien von Volk und Nation keinerlei Rücksicht nahm. In dieser Gleichzeitigkeit ungleichzeitiger Legitimationsstrategien manifestierte sich der Unterschied zwischen der überkommenen Rolle des Volkes als Objekt monarchischer Handlungen und dem Subjektcharakter der Nation für prinzipiell alle politischen Entscheidungsprozesse.

Der Anspruch der universellen Freiheitsmission der französischen Nation und die Kriegswirklichkeit traten alsbald immer weiter auseinander. Aber am Erfahrungsumbruch und einem damit verbundenen gesteigerten Anspruch auf eine den Wünschen der Nation entsprechende Außenpolitik konnte es keinen Zweifel geben. Gerade die Tatsache, dass Napoleons Kriegsbegründungen diese Argumente immer wieder aufnahmen, unterstrich das Legitimationspotential, das man ihnen zubilligte. Aber zugleich wurde der menschheitliche Horizont der Revolution immer mehr durch die Realität der praktisch ununterbrochenen Kriege zwischen 1792 und 1815 überdeckt. Daher brachten diese Kriege in vielen europäischen Gesellschaften im Kampf gegen die als Militärdespotie empfundene napoleonische Herrschaft ihrerseits neue Gewaltbegründungen hervor, die sich auf die ganze Menschheit bezogen.

4. 1809: Heinrich von Kleist und die Stilisierung des Volkskrieges gegen Napoleon zum „Krieg für die Menschheit“

Heinrich von Kleist war ein besonders aufmerksamer Zeuge dieses Zusammenhangs von kriegerischer Gewalt und menschheitlichem Begründungszusammenhang.¹⁶ Die Beschleunigung und Verdichtung von Erfahrungen und die krisenhafte Umbrüche seiner Gegenwart waren Teil der „gebrechlichen Einrichtung der Welt“, die ein

14 Zitiert nach: H. A. Götz-Bernstein, *La Diplomatie de la Gironde*, Paris 1912, S. 60 und 90.

15 Vgl. Elisabeth Fehrenbach, *Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress*, München 1981, S. 41.

16 Vgl. Jörn Leonhard, „Krieg für die Menschheit?“ Über Kleists Bellizismus, in: Werner Frick (Hg.), *Heinrich von Kleist. Neue Ansichten eines rebellischen Klassikers*, Freiburg/Breisgau 2014, S. 161–188.

Leitmotiv in Kleists Werk bildete.¹⁷ All dies verwies auf die Französische Revolution von 1789 und die seit 1792 andauernden militärischen Konflikte, die nicht nur Bonapartes Aufstieg ermöglichten, sondern schließlich die dialektische Aufhebung der Revolutionserregenschaften in der imperialen Herrschaft Napoleons brachten. Die Revolution äußerte sich dabei immer mehr als innere und äußere Gewalterfahrung, sie setzte sich in wechselhaften Kriegsverläufen fort und wurde als Gewalterfahrung europäisiert. In diesem von Napoleon bestimmten Prozess ging nicht nur das Heilige Römische Reich deutscher Nation in einer elementaren Flurbereinigung unter – die eigentliche deutsche Revolution und Antwort auf 1789. Auch der Modellstaat Friedrichs des Großen, eben Kleists Preußen, erlebte 1806 nach den Niederlagen von Jena und Auerstedt seine existentielle Krise.

Auf diese Krise reagierten die preußischen Eliten außerhalb der paralytierten Monarchie mit einem umfassenden Reformprogramm, das nicht zufällig von der Sphäre des Kriegerischen und Militärischen ausging, aber von dort auch die Verwaltung, Gesellschaft, Wirtschaft, politische Partizipation und Bildung umfasste. Der Krieg wurde zum Ausgangspunkt einer radikalen Neubestimmung von politischen, sozialen, pädagogischen Werten und Ordnungsmustern. Nicht zufällig stellte die zeitgenössische Kriegs- und Militärtheorie die Leitwissenschaft der Zeit dar, und Kleist kam mit ihr sicher in Berührung. Das Entscheidende an diesen Reformen aus der Kriegsniederlage nach 1806 heraus war ein neu gedachter Zusammenhang von Krieg und Nation. Er ging nicht mehr im begrenzten Monarchenkrieg des 18. Jahrhunderts mit der Schonung der teuren stehenden Heere, der „Puppenheere“, auf, der Eingrenzung der „bataille“ auf klar definierte Kombattanten, den komplizierten Regeln, um die Zivilbevölkerung gegen den Krieg abzuschirmen.¹⁸ An die Stelle des Staaten- und

17 Heinrich von Kleist, Die Marquise von O..., in: Ders., Sämtliche Werke und Briefe in vier Bänden, hg. von Ilse Marie-Barth, Klaus Müller-Salget, Stefan Ormanns und Heinrich C. Seeba, Bd. 3: Erzählungen, Anekdoten, Gedichte, Schriften, hg. von Klaus Müller-Salget, Frankfurt/M. 1990, S. 143–186, hier: S. 186.

18 Vgl. Johannes Kunisch, Das „Puppenwerk“ der stehenden Heere. Ein Beitrag zur Neueinschätzung von Soldatenstand und Krieg in der

Kabinettskrieges trat in der Imagination der Publizisten und Autoren ein anderer Krieg, ein Volks- und Nationskrieg, in dem sich jeder Bürger angesprochen fühlen musste und zum geborenen Vaterlandsverteidiger wurde. Idealtypisch trat diese neue Bestimmung von Krieg und Nation bei den auf umfassende Reformen drängenden preußischen Heeresreformern zutage. Gerhard von Scharnhorst suchte die bürgerlichen Schichten bewusst für die Nation im Krieg zu gewinnen. Hatte in Frankreich am Beginn die aus der Revolution hervorgegangene souveräne Nation gestanden, so unterstrich Scharnhorst in einem Brief an Clausewitz vom November 1807 den Erfahrungsraum des Krieges für die Selbsterkenntnis als Nation: „Man muß der Nation das Gefühl der Selbständigkeit einflößen, man muß ihr Gelegenheit geben, daß sie mit sich selbst bekannt wird, daß sie sich ihrer selbst annimmt.“¹⁹ Diese Nationskonzeption gründete auf dem Militär als Nukleus eines neuen Selbstbildes, das über sozialständische Merkmale hinausreichte und in der Wendung gegen den gemeinsamen Feind ihr Ziel fand. Gegensätze zwischen Staat und Gesellschaft schloss dies aus, um beide auf die Nation als übergeordnetes Wertmuster hin zu orientieren. Damit verband sich ein partizipatorisches Staats- und Politikverständnis; der Befreiungskrieg gegen Frankreich sollte auch ein Kampf um Freiheitsrechte werden.

Um Preußen und ganz Deutschland in die Lage zu versetzen, auf die napoleonische Herausforderung zu reagieren, musste der Zusammenhang von Nation und Armee neu definiert werden. Nicht mehr im Sinne einer Separierung von „Kriegsstaat“ und „Civilstaat“ wie noch in den Vorstellungen des frühen 18. Jahrhunderts, sondern auf der Basis der durch den Krieg erzwungenen Annäherung von Staat und Nation, Regierung und Volk sollte der Kampf gegen Frankreich geführt werden. Nicht mehr die begrenzte „bataille“, sondern der potentiell allgemeine Volkskrieg stand im Zentrum seiner Überlegungen. In Scharnhorsts und Gneisenaus „Denkschrift über den Landsturm“ vom April 1813 hieß es:

Spätaufklärung, in: Zeitschrift für Historische Forschung 17/1 (1990), S. 49–84.

19 Scharnhorst an Clausewitz, 27. November 1807, in: Gerhard von Scharnhorst, Ausgewählte Schriften, hg. von Ursula von Gersdorff, Osnabrück 1983, S. 255.

„Ohne eine ... Entwicklung aller uns zu Gebot stehenden Verteidigungsanstalten, die nicht allein das stehende Heer, sondern auch die physischen und moralischen Kräfte der gesamten Nation in Anspruch nimmt, können wir nicht für den Erfolg stehen.“²⁰

Entscheidend wurde dieser Kontext, weil er Publizisten, Professoren und Literaten, so auch Kleist, eine neue Rolle zuwies, um die Öffentlichkeit für den Krieg zu mobilisieren. Clausewitz sprach nicht zufällig von den „moralischen Größen“ im Krieg und betonte ihre besondere Bedeutung in der Situation des Kampfes gegen die napoleonische Fremdherrschaft: „Die physischen [Größen] erscheinen fast wie das hölzerne Heft, während die moralischen das edle Metall, die eigentliche, blankgeschliffene Waffe sind“. Neben dem Talent des Feldherrn zählten für Clausewitz dazu die kriegerische Tugend des Heeres und der „Volksgest“, den er mit „Enthusiasmus, fanatische[m] Eifer, Glaube, Meinung“ identifizierte.²¹ In der Sicht der preußischen Reformer waren die Öffnung des Militärischen zum Bürgertum hin und eine Mobilisierung der symbolischen Politik unvermeidbar, wenn der Kampf gegen die Fremdherrschaft der Franzosen erfolgreich sein sollte.

Diese von Bildungsbürgern dominierte Mobilisierung der Nation gegen die Fremdherrschaft war zugleich ein Kampf um Anerkennung im eigenen Staat, um politische und kulturelle Partizipation. Denn jede Rede und jede Vorlesung, jedes Flugblatt, jedes Gedicht und jedes Theaterstück sollten auch den Anspruch der bürgerlichen Deutungseliten markieren, sich mit dem neuen Reformstaat zu identifizieren und an seiner Politik aktiv mitzuwirken. Befreiung

20 Gerhard von Scharnhorst und Neidhardt von Gneisenau, Denkschrift über den Landsturm, April 1813, in: Gerhard von Scharnhorst, Ausgewählte militärische Schriften, hg. von Hansjürgen Uszeck und Christa Gudzent, Berlin (Ost) 1986, S. 342–445, hier: S. 343; vgl. Michael Sikora, Scharnhorst und die militärische Revolution, in: Johannes Kunisch und Herfried Münkler (Hg.), Die Wiedergeburt des Krieges aus dem Geist der Revolution. Studien zum bellizistischen Diskurs des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, Berlin 1999, S. 153–183, hier: S. 181f.

21 Carl von Clausewitz, Vom Kriege. Hinterlassenes Werk, 3. Aufl. Berlin 1867, Drittes Buch: Von der Strategie überhaupt, S. 167f.

von der Fremdherrschaft war für sie zugleich der Auftakt zu einer auch politisch-konstitutionell konkretisierbaren Freiheit. Den Zielhorizont dieser Anstrengungen markierte die imaginierte, über die Vielfalt deutscher Territorialstaaten hinausgehende deutsche Nation. Dieses Konzept rekurrierte auf eine selbstbewusste Öffentlichkeit, auf die pädagogische Wirkung von Sprache als Sprachhandeln, auf eine in Sprache und Literatur erkennbare Nationalkultur, sowie eine geschichtspolitische Traditionsstiftung, die vor allem in der Vorvergangenheit der Germanen den Kern der neuen Nation zu entdecken glaubte. Deutsche Nationalsprache und Nationalkultur wurden gegen die französische Überfremdung in Stellung gebracht, was zugleich die Spannung zwischen Bürger- und Adelskultur widerspiegelte.

Vor allem blieben diese Überlegungen nicht ohne Konsequenzen für zeitgenössische Vorstellungen des Krieges: Er stellte nicht mehr nur den Konflikt um Territorien dar, sondern er wurde nun in den bildungsbürgerlichen Milieus als Angriff auf ein Volk begriffen, als existentielle Infragestellung einer von Gott gewollten und historisch legitimierten Sprachgemeinschaft und ihrer darin ausgedrückten Wertressourcen. Daraus folgte eine Politisierung, Ideologisierung und Nationalisierung des Krieges: Im Geist des aus der Revolution hervorgegangenen oder des von ihr und Napoleon provozierten Volks- und Nationalkrieges kehrte jenes Kriegsparadigma zurück, das man in Europa seit den Erfahrungen der verheerenden Konfessionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts einzudämmen versucht hatte. Der begrenzte und geregelte Monarchen- und Kabinettskrieg des 18. Jahrhunderts mit seiner Entkriminalisierung des Gegners in der Personalisierung des „iustus hostis“ und seiner Anerkennung der staatlichen Souveränität war eine Antwort auf diese Gewaltexzesse der Konfessionskriege gewesen. Nun aber kehrte das Bürgerkriegsparadigma auf die Ebene des Konflikts zwischen Völkern und Nationen zurück. Damit verbanden sich die Identifikation jedes Kriegers mit der als national gerecht erachteten Sache und die prinzipielle Enthemmung der ideologischen Gewalt.

Vor diesem Hintergrund sind Kleists Kriegsbeleggründungen zu verstehen. „Was gilt es in diesem Kriege“, 1809 als tagespolitischer, kaum zweiseitiger Artikel verfasst, diente ihm dazu, den österreichischen Kampf gegen Napoleon publizistisch zu unterstützen. Das

Ergebnis war zunächst die ganz systematische Abkehr von allen tradierten Kriegsvorstellungen:

„Gilt es, was es gegolten hat sonst in den Kriegen ...? Gilt es den Ruhm des jungen unternehmenden Fürsten ...? Oder Genußtuung für die Empfindlichkeit einer Favorite ...? Gilt es einen Feldzug, der, jenem spanischen Erbfolgestreit gleich, wie ein Schachspiel geführt wird; bei welchem kein Herz wärmer schlägt, keine Leidenschaft das Gefühl schwellt, kein Muskel vom Giftpfeil der Beleidigung getroffen, emporzückt? Gilt es, ins Feld zu rücken, von beiden Seiten, wenn der Lenz kommt, sich zu treffen mit flatternden Fahnen, und zu schlagen, und entweder zu siegen, oder wieder in die Winterquartiere einzurücken? Gilt es, eine Provinz abzutreten, einen Anspruch anzufechten, oder eine Schuldforderung geltend zu machen, oder gilt es sonst irgend etwas, das nach dem Wert des Geldes auszumessen ist, heut besessen, morgen aufgegeben, und übermorgen wieder erworben werden kann?“²²

Der neue, von Kleist herbeigesehnte Volkskrieg war demgegenüber etwas ganz anders. Er ließ eine deutsche Nation aus dem Kampf um Leben und Tod entstehen, die ihre Legitimation aus Alter, Tugend und Bildung bezog, nicht aber aus der gewalthaften Expansion. Noch nicht die mänichäische Falle von Freund und Feind, sondern die Hoffnung auf die brüderliche Solidarität aller friedlichen Nationen dominierte diesen Text:

„Eine Gemeinschaft gilt es, deren Wurzeln tausendätig, einer Eiche gleich, in den Boden der Zeit eingreifen; deren Wipfel, Tugend und Sittlichkeit überschattend, an den silbernen Saum der Wolken rührt; deren Dasein durch das Drittel eines Erdalters geheiligt worden ist. Eine Gemeinschaft, die, unbekannt mit dem Geist der Herrschsucht und der Eroberung, des Daseins und der Duldung so würdig ist, wie irgend eine ... deren ausgelassendster und ungeheuerster Gedanke noch ... Unter-

werfung unter eine Weltregierung ist, die, in freier Wahl, von der Gesamtheit aller Brüder-Nationen, gesetzt wäre.“²³

So wurde der Kampf Österreichs gegen Napoleon in einem anderen Text Kleists aus dem Jahre 1809 zu einem „Krieg für die Menschheit“, nicht für Dynastie, Territorium oder Geld, und die Kriegsnation mutiert zur Vorkämpferin eines universellen Prinzips. Das rechtfertigt auch die enthemmte Gewaltanwendung:

„Wenn Österreich gerettet werden soll, so muß sich die Regierung zuvörderst überzeugen, daß der Krieg, den sie führt, weder für den Glanz noch für die Unabhängigkeit, noch selbst für das Dasein ihres Thrones geführt werde, welches, so wie die Sache liegt, lauter niedere und untergeordnete Zwecke sind, sondern für Gott, Freiheit, Gesetz und Sittlichkeit, für die Besserung einer höchst gesunkenen und entarteten Generation, kurz für Güter, die über jede Schätzung erhaben sind, und die um jeden Preis, gleichviel welchen, gegen den Feind, der sie angreift, verteidigt werden müssen – und deren Verteidigung einen heiligen Krieg, oder einen Krieg für die Menschheit konstituiert.“²⁴

Es war aber kein Zufall, dass gerade der „Krieg für die Menschheit“ aus der Druckfassung dieses Texts entfernt wurde und nur in der ersten ungedruckten Fassung stehen blieb. Die tagespolitische Publizistik ging mit einer radikalisierten Freund-Feind-Schematisierung einher, einer mänichäischen Kommunikation des Politischen. Im „Katechismus der Deutschen“ von 1809 wurde die Feindschaft schließlich verabsolutiert und sakralisiert: Auf die Frage des Sohnes „Was hältst Du von Napoleon, dem Korsen, dem berühmten Kaiser der Franzosen?“ antwortete der Vater: „Für einen verabscheuungswürdigen Menschen; für den Anfang alles Bösen und Ende alles Guten; für einen Sünder, den anzuklagen die Sprache der Menschheit nicht hinreicht, und den Engeln einst, am jüngsten Tag, der

22 Heinrich von Kleist, Was gilt es in diesem Kriege?, in: Ders., Werke, Bd. 3, S. 477–479, hier: S. 477.

23 Ebd., S. 478.

24 Heinrich von Kleist, Über die Rettung der österreichischen Staaten (1809), in: Ders., Werke, Bd. 3, S. 496–503, hier: S. 496.

Odem vergehen wird“.²⁵ Diese Radikalisierung der Fremd- und Selbstzuschreibungen ließ ein Drittes, einen universellen Horizont, nicht mehr zu. Hier kündigte sich Carl Schmitts „eigentlich politische Unterscheidung“ von 1927 an, nämlich die „von Freund und Feind“. Alle politischen Begriffe und Vorstellungen rekurrten, so Schmitt, auf diese Gegensätzlichkeit, deren „letzte Konsequenz“ sich „in Krieg oder Revolution“ äußere.²⁶

5. 1917: Der Erste Weltkrieg und die Revolution der steigenden Erwartungen

Einen dritten historischen Moment, in dem der Zusammenhang zwischen Krieg und Humanität in besonderer Weise verdichtet und weltweit vermittelt wurde, bildete das Jahr 1917.²⁷ Global war der Krieg bereits seit 1914 gewesen: auf den Weltmeeren, in Ostasien, in den afrikanischen Kolonien. Aber was 1917 zu einem wirklich globalen Moment machte, war die jetzt offenkundige Dynamik von Erwartungen in vielen Gesellschaften ganz unterschiedlicher Weltregionen, wie der Krieg langfristig den überkommenen Status von Herrschaftsrechten und politischer Teilhabe verändern könnte. Für diese Konstellation bedeutete das Programm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson weniger den Ursprung als vielmehr einen entscheidenden Katalysator, eine symbolische Verkörperung von länger zurückreichenden Hoffnungen auf mehr Autonomie,

25 Heinrich von Kleist, *Katechismus der Deutschen* (1809), in: ebd., 479–491, hier: S. 484; vgl. *Echternkamp*, S. 25; vgl. auch Dirk Grathoff, *Heinrich von Kleist und Napoleon Bonaparte, der Furor Teutonicus und die ferne Revolution*, in: Gerhard Neumann (Hg.): *Heinrich von Kleist. Kriegsfall – Rechtsfall – Sündenfall*, Freiburg 1994, S. 31–59.

26 Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen* (1927), Hamburg 1933, S. 7.

27 Vgl. Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*. 5. Aufl. München 2014, S. 706–722 und 796–805; Ders., *Der Erste Weltkrieg: Europäische Krise und globaler Konflikt*, in: Jörn Leonhard, Kurt Hochstuhl und Christof Strauß (Hg.), *Menschen im Krieg 1914–1918 am Oberrhein. Vi-vre en temps de guerre des deux côtés du Rhin 1914–1918. Kolloquium zur gleichnamigen Ausstellung*, Stuttgart 2014, S. 19–32.

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Die Kontexte und Traditionen mochten dabei sehr verschieden sein, aber unübersehbar verdichteten sich diese Hoffnungen 1917 weltweit. Wilson verkörperte den Erwartungshorizont vieler Politiker in Asien, Südamerika und auf der arabischen Halbinsel, mit dem sie auf das Ende des Kriegs und die künftige internationale Ordnung blickten.

Der Kriegseintritt der USA im Frühjahr 1917 löste einen globalen Schub politischer Erwartungen aus und katalysierte weltweit antikoloniale Protestbewegungen. Weit über die Kriegsstaaten Europas hinaus blickten Zeitgenossen auf den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson als eine Hoffungsfigur und setzten auf eine internationale Neuordnung, die jedenfalls etwas anderes sein sollte als die bloße Wiederherstellung des Status quo ante. Das galt in besonderer Weise für China, Korea und Indien. Dafür waren 1917 aber nicht allein die Ideen Wilsons leitend, vor allem sein Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit denen man in Indien, in Asien, in Afrika hoffte, die koloniale Herrschaftsordnung europäischer Staaten zu überwinden und einen verbesserten politischen Status zu erreichen. Hinter dem Umbruch des Jahres 1917 stand auch eine globale Vernetzung von Informationskanälen und Infrastrukturen, die den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und die politischen Positionen Wilsons innerhalb kurzer Zeit über die ganze Welt verbreiteten und so entscheidend zu einer eigenen Revolution steigender Erwartungen beitrugen.

Gerade im Kampf um Meinungsmärkte und Öffentlichkeiten zeigte sich die globale Dimension der Nachrichtenkommunikation. So entwickelte sich der Krieg auch zu einem Kampf um die Reichweiten der wichtigsten Nachrichtenagenturen.²⁸ Während die französische Havas das französische Kolonialreich und Südeuropa bediente, deckte das deutsche Wolffsche Telegraphenbüro Mitteleuropa, Habsburg, Russland und Skandinavien ab. Die britische Agentur Reuters bediente den Nachrichtenmarkt des Britischen Empires, der Vereinigten Staaten sowie Ostasiens. Entscheidend war vor allem die Kontrolle der atlantischen Unterseekabel. Die

28 Erez Manela, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2009, S. 46–47.

Telegraphie-Technik erlaubte bereits vor 1914 eine globale Vermittlung von Nachrichten. Die mediale Teilhabe am Krieg war praktisch ohne größere zeitliche Verzögerung möglich. Vor diesem Hintergrund waren die deutschen Nachrichtenagenturen bereits mit Beginn des Krieges in eine defensive Position geraten. Nachdem die britische Marine die Atlantikkabel gleich im August 1914 zwischen Kontinentaleuropa und Nordamerika zerstört hatte, wurde es extrem schwierig, den amerikanischen Meinungsmarkt noch mit der deutschen Sicht des Krieges zu beeinflussen. Umso mehr galt das für die anderen Weltregionen. Wirklich global operierten nach Kriegsausbruch allein Reuters, Havas und Associated Press. Das aber sicherte den alliierten Positionen einen entscheidenden Vorteil. Vor allem die programmatischen Kriegsbegründungen Wilsons 1917 verbreiteten sich auf einem globalen Nachrichtenmarkt. Zudem entwickelten die Vereinigten Staaten seit dem Kriegseintritt eine hochprofessionelle Presse- und Propagandaorganisation. Hier verstand man den Krieg sehr früh als einen Kampf um die Weltmeinung und die globale Deutungshoheit. Wilsons Kriegsdeutung und seine Ordnungsvorstellungen sollten als echte Alternativen gegenüber den tradierten Prinzipien der europäischen Staatenwelt dargestellt und als amerikanische Ideale nicht nur kommuniziert, sondern regelrecht vermarktet werden. Nur eine Woche nach der Kriegserklärung wurde das Committee on Public Information unter der Leitung des energischen George Creel gegründet.

Diese Zusammenhänge verbanden sich 1917 zu einer besonderen Konstellation, die sich exemplarisch in Indien abzeichnete. Als der nationalistische Politiker Bal Gangadhar Tilak im Februar 1917 entschieden dafür warb, möglichst viele indische Soldaten für die Defence of India Force zu rekrutieren, betonte er nicht nur die Notwendigkeit, das indische Vaterland und das Empire zu verteidigen. Ihm ging es bei seinen Appell darum, den Status der indischen Soldaten dem der aus Europa stammenden britischen Untertanen in Indien anzupassen und über das Ende des Krieges hinaus langfristig zu sichern. Die aktive Kriegsteilnahme indischer Soldaten wurde zum politischen Druckmittel gegenüber der britischen Regierung. In London wuchs angesichts dieser Forderungen und ihrem Gewicht in der indischen Öffentlichkeit die Angst vor einer nationalen Massenbewegung im Krieg. Daher setzte die Regierung darauf, die

moderaten Kräfte im Indian National Congress durch eine Politik des demonstrativen Entgegenkommens zu stärken. Im August 1917 verkündete der für Indien zuständige Minister Montagu „the increasing association of Indians in every branch of the administration and the gradual development of self-governing institutions“.²⁹

Aber nicht diese Zeichen einer britischen Konzessionsbereitschaft bannten 1917 die Aufmerksamkeit der indischen Öffentlichkeit, sondern die Begeisterung für den amerikanischen Präsidenten Wilson und seine Erklärungen. Die Wahrnehmung Wilsons in Indien und der indischen Massenpresse drängte die Verlautbarungen Montagus regelrecht in den Hintergrund, zumal Äußerungen der Alliierten – und das hieß seit April 1917 eben auch der Vereinigten Staaten – in den indischen Zeitungen in der Regel nicht zensiert wurden. Gerade Indien wurde für das Committee of Public Information ein besonderes Ziel der globalen proamerikanischen Propagandaoffensive. Wilsons Insistieren auf dem Recht der nationalen Selbstbestimmung wurde im Verlauf des Jahres 1917 zum alles beherrschenden Thema der Kriegsberichterstattung in Indien. Andere, von der britischen Regierung favorisierte Themen wie die Bedrohung Indiens durch Afghanistan, das Osmanische Reich, Deutschland oder die Bolschewisten gerieten nun in den Verdacht, nur als Vorwände zu dienen, mit deren Hilfe britische Politiker den Status quo des Landes festschreiben wollten. Obwohl die Erklärung Montagus über alle bisherigen Positionen Londons gegenüber Indien hinausging, fiel sie gegenüber dem Programm Wilsons, dessen weltweite Geltung impliziert war, zurück. Wandte man Wilsons Position auf Indien an, dann oblag in den Augen der politisch interessierten Inder die Entscheidung über jede künftige Entwicklung dem indischen Volk und nicht mehr der britischen Regierung.

Ähnliche Hoffnungen prägten auch die Rezeption Wilsons in China und Korea. Doch die Hoffnung auf Selbstbestimmung auch für nicht-europäische Regionen sollte 1919 bitter enttäuscht werden. In der Folge verlor das Modell der liberalen Demokratie, das Wilson verkörperte, vielerorts erheblich an Überzeugungskraft.

29 Manela, *The Wilsonian Moment*, S. 82–83; vgl. Judith Margaret Brown, *Modern India. The Origins of an Asian Democracy*, Oxford 1985, S. 197–199.

In Ostasien setzte die Suche nach alternativen Modellen ein. Hier markierte der Krieg 1917 eine – mit Alexis de Tocqueville gesprochen – Revolution steigender Erwartungen. Das Ende tradierter Normen und Institutionen der überkommenen Ordnung erwartete man nicht nur in Europa – etwa im Februar und zugespitzt im Oktober 1917 in Russland – sondern auch weit darüber hinaus. So wurde der amerikanische Präsident mit geradezu messianisch aufgeladenen Hoffnungen identifiziert. An diesen hoch gesteckten und ganz heterogenen Erwartungen würden die Ergebnisse der Verhandlungen und Friedensverträge nach 1918 gemessen werden. Die Erfahrungen der Vertreter von Staaten mit quasi- oder formal kolonialem Status, die 1919 nach Paris kommen sollten, um ihre eigenen, mit Wilson identifizierten Ziele zu erreichen, würden aber schließlich in bittere Enttäuschung umschlagen.

Die Problematik der hochgesteckten Erwartungen auf einen neuartigen Frieden im Zeichen menschheitlicher, universeller Werte, wie der amerikanische Präsident sie zu verkörpern schien, zeichnete sich schon am Ende des Jahres 1917 ab. Der von Wilson symbolisierte Zusammenhang von Friedensordnung und weltweiter Ausbreitung der Demokratie provozierte Thomas Mann im Dezember des Jahres zu einer kritischen Reaktion, als er das Grundproblem der Friedenssondierungen im Namen der Moral zu beschreiben suchte:

„Weltfriede ... Wir Menschen sollten uns nicht allzu viel Moral einbilden. Wenn wir zum Weltfrieden, zu einem Weltfrieden gelangen – auf dem Wege der Moral werden wir nicht zu ihm gelangt sein. Scheidemann sagte neulich, die Demokratie werde auf Grund der allgemeinen Erschöpfung reißende Fortschritte machen. Das ist nicht sehr ehrenvoll für die Demokratie – und für die Menschheit auch nicht. Denn die Moral aus Erschöpfung ist keine so recht erbauliche Moral.“³⁰

Obgleich die Erschöpfung im vierten Jahr des Krieges auf allen Seiten unübersehbar war und es zu zahlreichen Friedensinitiativen

30 Thomas Mann, Weltfrieden? (27. Dezember 1917), in: Ders., Große kommentierte Frankfurter Ausgabe, Bd. 15/1: Essays II 1914–1926, hg. von Hermann Kurzke, Frankfurt/M. 2002, S. 212–215, hier: S. 212.

kam, zeigte sich 1917 zugleich, woran die Hoffnungen scheitern mussten: Denn 1917 war auch das Jahr, in dem der Mechanismus der paradoxen Selbstverlängerung des Kriegs durch sich selbst noch einmal deutlich wurde, aber nun ergänzt um das denkbare konkrete Szenario des Kriegsendes: Je mehr Opfer der Krieg forderte, desto weniger kam ein Kompromissfrieden in Frage, und desto mehr konzentrierte man sich auf einen Sieg, der in seinen Bedingungen alle zurückliegenden Opfer und Anstrengungen rechtfertigen würde. Ein Siegfrieden war also im Bewusstsein aller Seiten weiterhin möglich. Dieser Mechanismus setzte sich fort, bis eine Seite unter der anhaltenden Belastung zusammenbrach – aber bis in den Sommer 1918 blieb offen, wer diese Seite sein würde.

6. Ausblick: Der Erste Weltkrieg und die neue Tektonik von Erwartungen und Erfahrungen im 20. Jahrhundert

Worin unterschied sich die universelle, menschheitlich gedachte Begründung der Gewalt im Ersten Weltkrieg gegenüber den anderen Beispielen aus dem Ende des 18. und dem Beginn des 19. Jahrhunderts?³¹ Es war eine Revolution steigender Erwartungen, die als globaler Prozess weit über Europa hinauswirkte und damit zugleich die Fallhöhe für viele Enttäuschungen und Verbitterungen markierte. Zunächst setzten alle europäischen Kriegakteure seit dem Ausbruch des Weltkrieges auf das Prinzip von Nation und Nationalstaat, um Verbündete zu gewinnen. Das aber provozierte widersprüchliche Erwartungen, hinter die man nach Kriegsende nicht mehr zurückweichen konnte. So entstanden im Ersten Weltkrieg nicht nur soziale und politische Partizipationshoffnungen, sondern vor allem in den Gesellschaften der multiethnischen Großreiche umfassende nationalpolitische Erwartungen. Das erklärt Tomás Masaryks Wirken im Exil in London und den Vereinigten Staaten, die deutsche Unterstützung für ukrainische und finnische Nationalisten, die Konkurrenz von Deutschen und Russen um polnische

31 Vgl. Leonhard, Die Büchse der Pandora, S. 997–1014, sowie Ders., Bellizismus und Nation, Kap.VII.3.

Unterstützung im Gegenzug für das Versprechen weitgehender nationaler Autonomie, die Unterstützung aus London und Paris für palästinensische und arabische Unabhängigkeitsbewegungen gegen das Osmanische Reich, aber auch die Angst der Briten vor einer osmanischen Strategie, die Inder zum Aufstand gegen die britische Herrschaft aufzuwiegeln. Spätestens ab 1917 kam das universelle Versprechen des amerikanischen Präsidenten hinzu, das Versprechen einer universellen Friedensordnung, basierend auf nationaler Selbstbestimmung, Demokratie und kollektiver Sicherheit – das sollte den Krieg zu einem Krieg gegen das Prinzip des Krieges, zu einem „war to end all wars“ machen. Diese Versprechen provozierten gleichsam eine zweite Revolution steigender Erwartungen – und sollten die Friedensverhandlungen ab Frühjahr 1919 in Paris überfordern. Das Ergebnis waren Desillusionierungen und aus Enttäuschungen resultierende Revisionismen in den Siegerstaaten wie in den Gesellschaften der Verlierer.

Die universellen Erwartungen lenkten zudem von einer Zerfaserung der Gewalt ab, die das Ende des Krieges in Europa begleitete. Wie verändert sich unser Bild des Krieges, wenn wir den Zusammenhang zwischen europäischer Krise und globalen Konfliktkonstellationen aus der Perspektive des Jahres 1917 in den Blick nehmen? Zugespitzt formuliert: Der Krieg wird ungleichzeitiger. Den Beginn des Krieges im August 1914 prägte bei den Zeitgenossen noch immer ein gemeinsamer Zusammenhang, ein gemeinsamer Bezugspunkt. Der 11. November 1918 aber beendete den Krieg zwischen Staaten im Westen, aber der Waffenstillstand unterbrach nicht das Kontinuum der Gewalt an vielen anderen Orten: in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa, in der Zerfallszone der multiethnischen Großreiche Russlands, Habsburgs und des Osmanischen Reichs, wo der Staatenkrieg zum Staatszerfall führte, wo der Weltkrieg in Bürgerkriege und ethnische Konflikte überging, die Front in einen Gewaltraum, in dem jeder – Soldat oder Zivilist – der Feind sein konnte. Und der enge Fokus auf den 11. November 1918 verdeckte die Entstehung neuer Gewaltzentren: innerhalb Europas in Irland, wo mit dem Kriegsende der Bürgerkrieg einsetzte, oder im Baltikum, aber auch in Ägypten, überhaupt im Nahen und Mittleren Osten und in Indien, wo es 1919 zum Massaker von Amritsar kommen sollte. Auch in den Gesellschaften der ökonomi-

schen Sieger des Krieges, kam es zu massiven Konflikten: Die USA – nunmehr größter weltwirtschaftlicher Gläubiger – erlebten eine Wirtschaftskrise durch die Demobilisierung. Vor allem im Süden und in den großen Industriezentren im Mittelwesten kam es zu einer Welle von Rassenunruhen.

„Menschheit statt Nation. 1789 riefen die Revolutionäre: ‚Alle Franzosen sind gleich.‘ Wir sagen: ‚Alle Menschen!‘ Die Gleichheit erfordert gemeinsame Regeln für alle Menschen der Erde.“³² Der eingangs zitierte Satz von Henri Barbusse, seine Hoffnung, der Weltkrieg sei mit seinen entsetzlichen Opfern nicht umsonst gewesen, weil er eine neue Weltinnenordnung geschaffen habe, hat im Prinzip seinen normativen Anspruch bis heute nicht verloren. Aber niemand wird behaupten, die Menschheit sei bei aller Verdichtung zum wirklichen Handlungssubjekt geworden – auch die Desillusionierung der 1917 provozierten globalen Hoffnungen auf „a war to end all wars“ sollte eine Grunderfahrung des 20. Jahrhunderts werden. Die Neudefinition der pluralen, staatsgenerierenden Außenpolitik in eine ‚Weltinnenpolitik‘ ist ein Indiz dafür, dass sich die Probleme verlagert haben, nicht aber gelöst worden sind. Wo früher Kriege geführt wurden, werden jetzt Bürgerkriege entfesselt – ein Ende der Gewalt bedeutet das bis heute nicht, im Gegenteil.

Hinter dieser tiefgreifenden Erschütterung wurde etwas anderes sichtbar. Stärker als in jedem Krieg zuvor und danach traten im Ersten Weltkrieg Erwartungen und Erfahrungen auseinander. Walter Benjamin schrieb 1933 im Rückblick:

„Nein, soviel ist klar: die Erfahrung ist im Kurse gefallen und das in einer Generation, die 1914–1918 eine der ungeheuersten Erfahrungen in der Weltgeschichte gemacht hat ... Denn nie sind Erfahrungen gründlicher Lügen gestraft worden, als die strategischen durch den Stellungskrieg, die wirtschaftlichen durch die Inflation, die körperlichen durch den Hunger, die sittlichen durch die Machthaber. Eine Generation, die noch mit der Pferdebahn zur Schule gefahren war, stand unter freiem Himmel in einer Landschaft, in der nichts unverändert geblieben war als die Wolken, und in der Mitte, in einem

32 Vgl. Fußnote 1.

Kraftfeld zerstörender Ströme und Explosionen, der winzige, gebrechliche Menschenkörper.“³³

Was aber war die Konsequenz dieser radikalen Entwertung von Erwartungen durch eine Explosion von Gewalterfahrungen in kurzer Frist seit dem Sommer 1914? Bis in die frühe Neuzeit waren Erwartungshorizonte und Erfahrungsräume in einem zyklischen Zeitverständnis aufeinander bezogen geblieben. Zwischen 1770 und 1850 brach diese Zeitvorstellung auseinander, weil die Erwartungen der Menschen im Zeitalter der Französischen Revolution weit über ihre Erfahrungen hinausgeschossen.³⁴ Das, was im August 1914 begann, was im Scharnierjahr von 1917 erkennbar wurde und im November 1918 nicht endete, kehrte diese Tektonik radikal um: Nun entlarvte der Krieg die Fortschrittserwartungen, jenes Erbe des 19. Jahrhunderts, als harmlose Szenarien, die der Dynamik der Erfahrungen in diesem Krieg nicht mehr standhielten. Das Ergebnis war eine beschleunigte Delegitimierung überkommener Ordnungsmodelle und eine Konkurrenz neuer Utopien, zugleich aber eine Glaubwürdigkeitskrise in nahezu allen Lebensbereichen: eine Krise der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, der ideologischen Entwürfe zur Rechtfertigung von Staaten und Reichen, von Nationen, Ethnien und Klassen. Darin, in dieser elementaren Verunsicherung, in verkürzten Geltungsfristen und Halbwertzeiten großer Ordnungsideen, liegt ein Erbe des Krieges bis in die Gegenwart.

Die Kriege zwischen 1914 bis 1945 bedeuteten in ihren ideologischen Projektionen die höchste Steigerung der Idee nationaler Integration und zugleich langfristig das Ende klassischer Nationalstaaten europäischer Prägung. Ernst Jünger hat diesen historischen Moment des Übergangs in seinem Tagebucheintrag vom 10. November 1942 festgehalten. Anlässlich der Landung der Amerikaner in Nordafrika schrieb er: „Die Art der Anteilnahme, die ich in mir der zeitgenössischen Geschichte gegenüber beobachte, ist die eines Menschen, der

33 Walter Benjamin, Erfahrung und Armut (Dezember 1933), in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 2/1, Frankfurt/M. 1977, S. 213–219, hier: S. 214.

34 Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/M. 1989, S. 349–375.

sich weniger in einen Weltkrieg als in einen Weltbürgerkrieg verwickelt weiß. [Ich] Bin deshalb in ganz andere Konflikte als in jene der kämpfenden Nationalstaaten verknüpft. Diese müssen nebenbei absolviert werden“.³⁵ Mit dem universalisierten Bürgerkrieg endete zugleich das europäische Jahrhundert der Nationalkriege.

Erst die doppelte Erfahrung von zwei Zerfallskriegen mit beispiellosen Opferzahlen hat das klassische Deutungsmuster von Nation und Nationalstaat und das ihnen zugeordnete Legitimationspotential in Europa tiefgreifend erschüttert und in Frage gestellt. Es war auch die verdichtete Katastrophengeschichte des frühen 20. Jahrhunderts zwischen 1914 und 1945, welche die europäischen Gesellschaften für neue Formen transnationaler Integration geöffnet haben. Europa, aus dessen kontinentaler Mitte der Zusammenhang von Krieg und Nation im 18. Jahrhundert im Wesentlichen entstanden war, ist heute ein Friedensraum – aber ein vielfältig bedrohter.

35 Ernst Jünger, Tagebucheintrag, 10. November 1942, in: Ders., *Kaukasische Aufzeichnungen*, in: Ders., *Werke*, Bd. 2: *Tagebücher II*, Stuttgart 1949, S. 433; vgl. Dan Diner, *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*, Frankfurt/M. 2000, S. 21ff.